

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Schmalenbeckerstrasse 17.

Der Minimal-Arbeitslohn.

Auf dem kürzlich in Paris abgehaltenen internationalen Arbeiterkongress stand auch die Frage des Minimallohns zur Erörterung. Theoretisch ist diese Frage längst für alle Diejenigen entschieden, die den Standpunkt vertreten, daß die Gesellschaft die Pflicht hat, jedem Gesellschaftsmitgliede das Recht auf Existenz zu gewährleisten. Da diese Existenz nur durch Arbeit aufrecht erhalten werden kann, so folgt daraus, daß die Gesellschaft verpflichtet ist, Maßnahmen zu treffen, wodurch einem jeden Menschen die Möglichkeit gegeben wird, sich seinen Fähigkeiten entsprechend produktiv zu betätigen; diese produktive Tätigkeit soll endlich den Menschen befähigen, mindestens soviel zu verdienen, wie sein und seiner Familie Lebensunterhalt erfordert. Das Recht auf Existenz setzt also das Recht auf Arbeit und die Erzielung eines ausreichenden Lohnes voraus.

So selbstverständlich einem modernen, sozial empfindenden Menschen diese Forderung klingt, so erscheint es doch angebracht, darauf hinzuweisen, daß man seitens der Vertreter des Manchesterthums diese soziale Pflicht in Abrede stellt. Im vorigen Jahrhundert predigten in England speziell Ricardo und Malthus das Evangelium des nacktesten Egoismus und läugneten, daß die Gesellschaft irgendwie die Verpflichtung habe, sich darum zu kümmern, ob die „Armen“ — so hießen die Arbeiter offiziell — Arbeitsgelegenheit finden und dadurch sich den Lebensunterhalt erwerben könnten oder nicht. „Bin ich der Hüter und Wächter meines Bruders?“ sprach das Manchesterthum mit dem Brudermörder Cain und lehnte jegliche Verantwortung ab. Ricardo hält die durch Arbeitslosigkeit herbeigeführte Noth für ein nothwendiges Uebel, das man nicht abschaffen könne, das man auch nicht beklagen dürfe, sondern geduldig ertragen müsse. Das Elend der Armen ist der Nährboden für den Ueberfluß der Reichen, das Eine ist der Gegenpol des Anderen und da der Reichtum eines Landes eine Nothwendigkeit ist, ohne dem sich kein Kulturfortschritt denken läßt, so muß man auch sein Gegenstück, die Armuth, als eine unabänderliche Schickung hinnehmen und sich mit dem Gedanken trösten, daß Nichts auf Erden vollkommen ist. Noch schamloser drückt Malthus diesen selben Grundsatz in den Worten aus: „Ein Mensch, der nicht von seiner Familie ernährt wird oder dessen Arbeit Niemand gebrauchen kann, hat nicht das Recht, von der Gesellschaft irgendwelche Nahrungsmittel zu fordern; er ist wirklich überflüssig auf der Welt, an dem großen Gastmahle der Natur ist für ihn kein Kouvert aufgedeckt worden. Die Natur selbst gebietet ihm, sich wieder zu entfernen und säumt nicht, diesen Befehl selbst zur Ausführung zu bringen. Jeder ist auf dieser Erde nur für sich da; um so schlimmer für Die, welche hienieden zu viel sind.“

Demgegenüber verdient hervorgehoben zu werden, daß auf der anderen Seite des Kanals, in Frankreich, Männer auftraten, die das Gegentheil behaupteten. Besonders Fourier war es, der dem liberal-manchesterlichen Bürgerthum ins Gewissen redete und für jeden Menschen das Recht auf menschenwürdige Existenz forderte. „Der Wilde“, so führte er aus, „hatte einstmals das Recht, auf freies Fruchtbrechen, freie Weidbenutzung für sein Vieh, freie Jagd, freien Fischfang, freie Verbindung mit Seinesgleichen, auf ein sorgenloses Dasein und auf freie Aneignung jedes beliebigen Genusmittels. Diese sieben Rechte hat ein Mensch in der heutigen Gesellschaft nicht mehr. Wodurch entschädigt ihn aber die Gesellschaft für diesen Verlust? Etwa dadurch, daß sie ihm die „Freiheit“ gebracht hat und daß sie

ihm das „Glück“ gewährleistet, in einem „Verfassungsstaate“ zu leben? Solche Einfältigkeiten verdienen nicht einmal den Namen einer Illusion und können unmöglich einen modernen Lohnarbeiter befriedigen, der vor allen Dingen nach seinem Appetit essen will und sorglos leben möchte wie der Wilde. Was giebt man also dem armen Arbeiter für die freie Jagd und den Fischfang, für die Früchte und die Viehherden? Das „Glück“, unter einer Verfassung zu leben! Aber der Arme kann doch unmöglich die Verfassung lesen, anstatt zu Mittag zu essen! Es heißt, ihn in seinem Elend noch obendrein verhöhnern, wenn man ihm eine solche Entschädigung anbietet!“ Im weiterem Verlaufe seiner Untersuchung erklärt Fourier, das Mindeste, was der Mensch von der heutigen Gesellschaft zu fordern habe, sei das Recht, seinen Hunger zu stillen. Da aber in der modernen Gesellschaft dem Besitzlosen nur dann die Möglichkeit geboten wird, sich Essen zu verschaffen, wenn er zuvor durch seine Arbeit Geld verdient hat, so muß ihm eben die Gesellschaft die Gewähr leisten, daß er jederzeit Arbeitsgelegenheit findet, weil er anderenfalls nicht mehr im Stande ist, sein Leben zu fristen. „Infolgedessen“, so schließt Fourier, „ist das Recht auf Arbeit das wichtigste und wesentlichste Menschenrecht!“

Heutzutage ist die Frage nach Gewährung eines Existenzminimums und damit der Berechtigung, ein Lohnminimum zu fordern, theoretisch entschieden und auch auf dem Pariser Kongresse herrschte darüber kein Zweifel. Auseinander gingen aber die Ansichten darüber, auf welchem Wege die Einführung des Minimallohnes zu erreichen sei. Nach den Berichten im „Hamburger Echo“ verlangten in der Kommissions-sitzung die englischen Delegirten die gesetzliche Festlegung eines Minimallohnes, während die deutschen Vertreter der Meinung Ausdruck gaben, diese Forderung sei nicht nur undurchführbar, sondern stehe auch im Widerspruche mit der Auffassung der kapitalistischen Produktionsweise. Letzteres erscheint unklar und es wäre dringend zu wünschen, daß diese Auffassung von maßgebender Seite entweder näher begründet oder berichtigt würde. Unserer festen Ueberzeugung nach läßt sich nämlich die gesetzliche Festlegung eines Minimallohnes — abgesehen von seiner Durchführbarkeit — mit der sozialistischen Auffassung der kapitalistischen Produktionsweise sehr wohl vereinbaren.

Der Redner der Deutschen, Reichstagsabgeordneter Mollenhuth, ging in der Debatte auf diesen Punkt nicht ein, sondern begnügte sich damit, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die einer Durchführung des Minimallohnes im Wege stehen. Er hielt eine Regelung durch die Gesetzgebung und speziell eine solche auf internationalem Wege für undurchführbar. Eine internationale Regelung in dem Sinne, für alle Kulturländer der Welt eine gleiche Geldsumme als Mindestlohn festzusetzen, wird Niemand wollen, dazu liegen die Verhältnisse zu verschiedenartig, etwas anderes ist es aber, den Versuch zu machen, die gesetzgebenden Faktoren in allen Kulturländern zu veranlassen, die Forderung des Minimallohnes im Prinzip anzuerkennen. Dieser Versuch scheint uns lohnend; er würde ein Gegenstück sein zu der internationalen Verständigung über eine Maximalarbeitszeit. Minimallohn und Maximalarbeitszeit ergänzen sich gegenseitig und müssen international gefordert werden, wenn sich die Durchführbarkeit natürlich auch nach den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Länder und der einzelnen Gewerbe richten muß.

Die von Mollenhuth geäußerte Ansicht, die Forderung eines Mindestlohnes sei zwecklos, da die

Arbeiter auf die Gestaltung der Lebensmittelpreise keinen Einfluß hätten, ist entschieden unrichtig. Zunächst soll der Mindestlohn Rücksicht nehmen auf die jeweiligen Preise der Unterhaltsmittel in einem Lande oder in einer Gegend und darum nur von Fall zu Fall festgesetzt werden, und sodann haben die Arbeiter — wenn sie dies wollen — sehr wohl einen Einfluß auf die Preisbildung der Lebensmittel. Diese Möglichkeit ist ihnen gegeben in den Genossenschaften und in ihren parlamentarischen Vertretungen, denen die Bekämpfung des Lebensmittelwuchers seitens der Agrarier und der Industriellen resp. Handelskartells obliegt.

Wichtig ist dagegen die Behauptung, daß die Gewerkschaften in allererster Linie für die Einführung des Minimallohnes in dem betreffenden Berufe kämpfen müssen und daß es die Pflicht der Staats- und Kommunalverwaltungen ist, die Zahlung dieses Lohnminimums kontraktlich festzulegen, wie wir dies vor kurzem bei Besprechung der sogen. anständigen Lohnklausel bereits hervorgehoben haben. Diese Verpflichtung beruht nicht nur auf sozialethischer Grundlage, insofern es unsittlich ist, einem Arbeiter, den man direkt oder indirekt beschäftigt, nicht einmal das Existenzminimum zu gewährleisten, sondern es liegt auch im ureigenen Interesse des Staates und der Gemeinden, denn nur gutbezahlte, gutgenährte und nicht überbürdete Arbeiter können gute Arbeit leisten. Die Durchführung eines Minimallohnes ist ein Mittel, die Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse nach Quantität und Qualität zu steigern.

Zum Schluß wollen wir noch zur Information unserer Leser die auf dem Pariser Kongress einstimmig angenommene Resolution hierherfegen:

„Der Kongress erklärt: daß ein Lohnminimum festzusetzen nur dann möglich sei, wenn dies durch starke Gewerkschaften geschieht; daß eine Lohnstufe nicht allgemein und gleich für alle Länder festgesetzt werden könne, und daß sie in jedem Falle im Verhältniß stehen müsse zu dem, was auf breiter Grundlage zur Existenz nöthig sei;

er verpflichtet die Arbeiter, auf die Einführung dieser Reform zu dringen und Mittel und Wege zu ihrer Erlangung zu suchen, die der wirtschaftlichen und industriellen Lage ebenso entsprechen wie der politischen und administrativen jeder Gegend;

er empfiehlt in erster Linie, um zu diesem Resultat zu gelangen, auf die Staatsgewalt und die öffentlichen Verwaltungen, die das Lohnminimum einzuführen im Stande sind, hinzuwirken, daß sie direkt bei den öffentlichen Arbeiten das Lohnminimum zahlen, wie auch die Unternehmer, denen sie öffentliche Arbeiten übertragen, dazu verpflichtet.“

Diese Resolution ist so weit gefaßt, daß jeder Mensch dafür stimmen kann, der in der Festlegung eines Minimallohnes ein Mittel erblickt, um den ehrlichen, fleißigen Arbeiter gegen die Verelendungstendenzen des Kapitals zu schützen; wenn man über die Durchführbarkeit und die Wirkung dieser Maßregel auch abweichender Meinung sein kann. Die Hauptsache ist — wie dies in der Resolution auch gesagt wurde — daß starke Gewerkschaften die Sache in die Hand nehmen. Wieder ein Beweis, wie bedeutungsvoll die Gewerkschaftsbewegung für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse ist.

Der Kriegsrath der Scharfmacher im Baugewerbe.

Die zweite Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe wurde am 11. September in Dresden von dem Vorsitzenden, Oberscharfmacher Felisch-Werlin, eröffnet. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ wurden die Verhandlungen mit einem Bericht über die Entwicklung des Arbeitgeberbundes von dem Baumeister Felisch eingeleitet. Als vor zwei Jahren die Scharfmacher im Baugewerbe unter dem Zeichen des Zuchthausgesetzes sich

schon im Vorgefühl ihrer Allgewalt dünkten, da nach einem festgelegten Programm „ein ganz Deutschland umfassender Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ sofort errichtet werden sollte, da hätte sich wohl der schneidige Berichterstatter nicht träumen lassen, daß der „gewaltige Bund“ schon nach so kurzer Zeit so erbärmlich Schiffbruch leiden würde, daß es denn doch nicht so einfach ist, eine Kraftorganisation hervor-zubringen, mit der man die Bauarbeiterbewegung erwidern zu können glaubte. Demnach besteht der Bund gegenwärtig aus 104 Vereinen gegen 66 im Vorjahre. Die im vorigen Jahre in Karlsruhe beschlossene Kriegskasse ist verwirklicht worden; es sind bereits 18 800 Mk. eingezahlt worden, darunter aus Berlin 6000 Mk. und Dresden 2000 Mk. Durch Wanderredner sollten die Arbeitgeber im Baugewerbe von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses überzeugt werden, Redner ständen auch zur Verfügung; es sei aber bedauerlich, daß sich so wenig Verlangen darnach bemerkbar mache und große Städte, wie München, Hamburg und andere eine ablehnende Haltung gegen den Bund einnehmen. Redner schildert hierauf den Stand der Unternehmerorganisation in den einzelnen Ländern und meint, es sei wenig Anlaß da, mit den erzielten Resultaten zufrieden zu sein. In einzelnen Landbestritten mache sich eine direkte Abneigung gegen den Bund bemerkbar; das gelte besonders von Bayern. Lokalverbände können zunächst erst dann zu Stande, wenn ein größerer Streit ausgebrochen ist, das sei falsch. Wir befinden uns im Krieg, dem brauchen wir Soldaten; ein im Moment des Gefechts geschaffenes Volkstheater kann uns wenig nützen; wir brauchen kampfbereite Truppen, sonst werden wir die ersten Schlachten immer verlieren. Darum müssen wir auch im Frieden rüsten, um im Kampfe, der uns aufgebracht wird (?) gerüstet zu sein. (Beifall.) Ein weiterer schwerer Fehler ist, daß bei Streiks und Ausperrungen aus-schließlich Arbeiter eines Bezirks von Arbeitgebern anderer Städte aufgenommen werden. Das kann und darf nicht so weiter gehen. Gemeinschaftliche Maßnahmen gegen Streikende muß unsere Hauptaufgabe werden. Leider ist erst aus letzter Zeit zu merken, daß ausländische Arbeiter in großer Zahl in Arbeit genommen wurden. (Müde: Rausen räumen! Danke!)

Ein weit verbreiteter Irrtum ist es, die Läden (gemeint sind die schwarzen Läden) als einziges und sicher wirkendes Mittel gegen die Anstellung streikender Arbeiter zu betrachten. Die Erfahrung hat längst gelehrt, daß dies nicht der Fall ist und der Nutzen in keinem Verhältnis zu den hohen Kosten steht. Es gibt ein anderes Mittel, das weit einfacher und weniger kostspielig ist: Stellen Sie keine Arbeiter ohne ordnungsgemäße Voraussetzungen ein! (Sehr richtig!) Weisen Sie jeden Geheul zurück, dessen Papiere nicht ordnungsgemäß sind!

Der Vorstand hat sich die Förderung der Bundesinteressen in jeder Beziehung angelegen sein lassen. Eine gute Wirkung hatten besonders kurz gefasste Artikel, die wir Redaktionen übermittelten und die durch die Presse Verbreitung fanden. Dadurch ist vielfach zur Gründung von Lokalverbänden gegeben worden. Es bleibt jedoch noch viel zu wünschen übrig. Wie früher, so hat auch in diesem Jahre der Bund Ansuchen über Löhne eingefordert und die verschiedenen Vorschläge zusammengestellt. Am Mai d. J. gelangte durch den Bundesvorstand eine Eingabe an Behörden und städtische Körperschaften zur Aufnahme der Streiklausel in Bauverträge. Darin haben wir nachge-wiesen, wie notwendig die Aufnahme der Klausel ist. Und ich kann hier nur besonders hervorheben: Die Streiklausel ist eine der wichtigsten Aufgaben des Arbeitgeberbundes, sie wird uns Frieden und Ruhe bringen.

Lassen Sie mich zum Schluß nochmals darauf hinweisen, daß es notwendig ist, im Frieden den Krieg vorzubereiten. In erster Linie gilt es Maßregeln zu treffen, die die Beschäftigung Streikender verhindern, d. h. wir müssen dem Feinde (gemeint sind die Arbeiter) das Wasser abgraben; dann aber müssen wir auch die Streiklausel zur Geltung bringen. Das sind unsere nächsten und wichtigsten Auf-gaben, deren Durchführung wir sofort in Angriff nehmen müssen. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte über den Bericht bemerkt

Lachmann: Alle bisher gemachten Vorschläge werden die Einstellung streikender Arbeiter nicht vollständig verhindern. Was nützen uns Listen und sonstige Anweisungen, wenn die Polizei, die Arbeiter einstellen, die Anordnungen nicht befolgen. Sehr viele Bauherren beschäftigen gegen ihren Willen Streikende. Hier kann nur gründliche Kontrolle herbeigeführt werden, wenn man die Lokalverbände ver-pflichtet, besondere Kontrollen anzustellen, die auf Grund der Listen und sonstigen Materials vorgehen und den Bau-meistern Mitteilung machen. Dann erst werden wir die anderweitige Beschäftigung Streikender radikal verhindern können.

Kurz-Berlin: Ich habe mir eine Liste sämtlicher bei mir beschäftigten Arbeiter aufgestellt, die sich mit Hilfe der Invalidentarifen sehr leicht anfertigen läßt. Wenn ich diese mit den Verzeichnissen Streikender vergleiche, ist es leicht festzustellen, ob unter meinen Leuten ein Streikender ist.

Melzer-Dresden: Die Kontrolle darüber, ob sich unter den beschäftigten Leuten Streikende befinden, kann durch die Invalidentarifen erfolgen. Aus dieser ist zu ersehen, woher der Arbeiter kommt; ist in der betreffenden Stadt ein Aus-stand, so weiß ich, es ist ein Streikender.

Lachmann bringt folgenden Antrag ein:

Die Lokalverbände werden verpflichtet, durch ständige Kontrollen festzustellen, ob Arbeiter aus Streikorten auf Bauten eingestellt worden sind.

Melzer-Dresden: Ich bin entschieden gegen die Schwäch-sichkeit, wie sie in der vorgeschlagenen Forderung zum Aus-druck kommt. Wir müssen ganz entschieden vorgehen, wenn wir etwas erreichen wollen, und von den Sozialdemokraten lernen. (Lebhafter Beifall.)

Zimmermann und Korn, beide aus Stettin, schließen sich Melzer an.

Döbler-Berlin: In Berlin ist die Kontrolle bereits ein-geführt und sie hat sich bewährt. Es sind zu diesem Zwecke zwei besondere Beamte angestellt worden, (Soll wohl heißen Spigel, D. Red.) die auch noch zu anderen Zwecken benutzt werden. Es kommen Sachen vor unter den Arbeitern, die später noch einmal benutzt werden können. Es wird sich empfehlen, die hier vorgeschlagenen Kontrollen in gleicher Weise zu beschaffen.

Darauf wird der Antrag Lachmann einstimmig ange-nommen.

Ueber den Verlauf der diesjährigen Arbeitseinstellungen referierte Rathsbaumeister Simon-Breslau. Der Herr unter-schied sich vortrefflich von der übrigen Gesellschaft. Er ist ein ebenso entschlossener Verfechter seiner Interessen wie Felsch und Andere; es durchwehte aber seine Ausführun-

gen ein Zug von Liberalität und der Gang zu brutalen Maß-regeln trat bei ihm weniger als bei den übrigen Rednern hervor.

Ueber die diesjährigen Streiks führte er zunächst aus, daß 202 Maurerstreiks und 131 Ausstände der Zimmerer zu verzeichnen waren. Von ersteren waren für die Arbeiter 119 von Erfolg, 41 erfolglos und die übrigen mit theilweisen Er-folgen begleitet. Von den Zimmererstreiks verliefen 84 günstig für die Arbeiter, 24 ungünstig, die übrigen brachten den beteiligten Arbeitern theilweisen Erfolg. (Diese Zahlen sind der Gewerkschaftsstatistik für 1898 entnommen, was wir Herrn Simon nicht verargen, aber doch feststellen wollen. D. Red.) Die Zahl der Streiks wäre zurückgegangen, und es seien auch nicht so erregte Kämpfe wie in früheren Jahren zu verzeichnen gewesen, dagegen war die Beobachtung zu machen, daß kleine Orte und das flache Land stärker als früher be-theiligt waren. Es haben sehr viele Ausstände nur eine Dauer von 3 bis 14 Tagen gehabt, dann hätten die Bauherren nachgeben müssen. Wenn man nicht stark genug zu ent-schiedenem Widerstande sei, sollte man es gar nicht erst zum Streit kommen lassen. Es erwachte auch den Anschein, als wüßten manche Bauherren nicht recht zwischen berechtigten und unberechtigten Forderungen zu unterscheiden und verfolgen das Prinzip, jede Forderung abzulehnen. Das sei falsch. Zu einem streichen Ausstände sei die Sympathie des Publikums nöthig. Diese sei aber nicht zu erwarten, wenn berechtigte Forderungen der Arbeiter abgewiesen würden; da wir eine schlechte Bautionstruktur zu erwarten haben, würde die Frage der Lohnreduktion wieder aktuell. Man solle aber nur da mit Änderungen vorgehen, wo die allseitige Vertheilung zu über-mäßig hohen (?) Löhnen geführt habe.

Sehr wichtig ist die Frage: Mit wem sollen wir die Streiks verhandeln? Das hängt ganz davon ab, wie die Organisation beschaffen ist; wenn, wie in Breslau, von 2500 Maurern 2000 organisiert sind, hat es keinen Zweck zu sagen: ich erkenne die Organisation nicht an. Diejenigen, die unter solchen Verhältnissen mit Vertretern der Organisation nicht verhandeln wollen, erufen ganz unberechtigter Weise Diffe-renzen nach. Eine große Anzahl Streiks ist entstanden, weil die Kollegen sich gewehrt haben, mit der Organisation zu verhandeln. Wir wollen doch ehrlich sein! Wären wir Ar-beiter, würden wir ebenfalls das Bedürfnis nach Organi-sation haben. Deshalb ist es falsch, sich auf den Stand-punkt zu stellen, mit Vertretern der Organisation nicht zu verhandeln.

Es ist zu empfehlen, Verträge auf längere Zeit mit den Arbeitern abzuschließen? Ich halte dafür, mit verständigen Leuten die Löhne nur immer auf ein Jahr abzuschließen. Berechtigte Ansprüche soll man bewilligen. Wir dürfen uns nicht verschweigen, daß noch viel zu bessern ist. Wie sieht es auf vielen Bauten auf den Worten und mit sonstigen Ein-richtungen aus? Ist es nicht bedauerlich, daß die Behörden erst durch Verordnungen viele Bauherren an ihre Pflicht er-innern mußten? Ich bin auch der Meinung, daß man nach und nach dazu kommen kann, die Arbeitszeit zu verkürzen. Streiks sollte man möglichst vermeiden. Er mag ansprechen, wie er will, er schädigt auf alle Fälle auch die Bauherren. Wir in Breslau haben sehr gute Resultate durch Verhand-lungen mit der Organisation, die von verständigen Leuten ge-leitet wird, erzielt. — Aufgabe des Arbeitgeberbundes ist es ebenfalls, auf gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzu-zufahren; es muß der Gefahr vorgebeugt werden, daß durch rückwärtslose Lohnherabsetzungen eine Schleudert Konkurrenz eingeleitet wird. Redner bricht schließlich nach einer Länge für die Streiklausel und fordert zum Zusammenschluß im Arbeitgeberbund auf. Auf diese Weise rettete er noch einen schwachen Beifall, denn die Versammlung, die sich sonst sehr lebhaft geäußert, hatte bei dieser Rede die seltsame Schwäche beobachtet. In diesen Vortrag schloß sich eine nennenswerthe Diskussion nicht an.

Westphal-Steglich, der Referent über die Streiklausel, machte sich seine Aufgabe leicht. Mit viel Lungenkraft, aber wenig Argumenten, erklärte er die Streiklausel für unbedingt nöthig. Diese sei eine Waffe gegen die Sozialdemokratie. Wenn die Führer wüßten, daß die Verträge Streiklauseln enthielten, würden sie es sich erst überlegen, ob sie zum Streit gehen sollten. Ohne die Streiklausel sei es sehr schwer, gegen unberechtigte Forderungen anzukämpfen. Entschiedenem Vor-gehen sei unbedingt nöthig. In Berlin sei man durch einen Vertrag mit den vereinigten Wörtelwerken ja glücklich so weit gekommen, daß Baumeister, die nicht im Bunde sind, keinen Wörtel mehr geliefert bekommen. (Stürmischer Beifall.) So entschieden müsse man allerorts operiren.

Schließlich gelangte folgende vom Vorlande des Bundes ausgearbeitete Resolution einstimmig zur Annahme:

„Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe steht auf dem Standpunkt, daß die obligatorische Einführung der Streiklausel eine absolute Nothwendigkeit ist. Der Vorstand wird ermächtigt, den Termin für die Einführung festzusetzen.“

Nunmehr erfolgt die Regelung einiger geschäftlicher An-gelegenheiten, die uns nicht interessieren. Darauf wurde die Generalversammlung der Scharfmacher im Baugewerbe ge-schlossen.

Mag nun die Richtung des Herrn Simon oder sonst die alte Scharfmacherliche Oberwasser behalten, das Eine ist sicher: Die Herren werden wohl oder übel mit den Organi-sationen der Bauarbeiter zu rechnen haben. Darum sei das Fazit dieser Unternehmerheerchau für alle Bauarbeiter Deutschlands eine d r i n g e n d e M a ß n a h m e, die Organi-sation zu stärken und auszubauen, beständig auf dem Posten zu sein und wohlvorbereitet dazustehen, dann können wir dem weiteren Gebahren des Scharfmacherthums ruhig ent-gegensehen. Die Bauarbeiterbewegung wird dann der Press-bock sein, an welchem sich die Stigylpe ihre Hörner abstoßen können.

Zum Bauarbeiter-Schutz.

Bei der Darstellung der Mißstände im Baugewerbe und des von uns geforderten Arbeiterschutzes kommt es wesentlich bei der Mithatigkeit dieser Frage darauf an, die Misere, wie sie sich bei den einzelnen Phasen in der Bauausführung zeigt, in den Vordergrund treten zu lassen. Bei der Bauaus-führung zeigt der Rohbau bis zu seiner Vollendung „unter Dach“ die größte Unfallgefahr für die dabei beteiligten Be-rufsbauarbeiter, wie Zimmerer, Dachdecker, Bauknechte, Maurer, Steinmeker, Steinbildhauer und Bauhilfsarbeiter. Der Rohbau wird nach der ganzen modernen Arbeitsmethode, auch bedingt durch die Art des Grundbedarfs, so die größere Zahl der Opfer an Arbeiter, Gesundheit und Leben fordern. Die Herren der Organisation des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die vor einigen Wochen in Dresden so schöne und angenehme Tage verlebt haben, hätten sehr gut gethan, die Frage auch zum Gegenstand einer eingehenden Berathung zu machen, vielleicht wäre es ihnen dann weniger passirt, so viel brutalen Unsinns in die Welt hinein zu reden.

Unter den Rubriken der reichsversicherungsamtlichen Berufsstatistik „für welche Entschädigungen festgesetzt“ und hier unter „Zusammenbruch, Einsturz, Herab-s- und Umfallen von Gegenständen“; sowie bei „Fall von Leitern in Vertiefungen etc.“, aus Läden etc.“ ergibt sich ein durch Zahlen trefflich ge-zeichnetes Bild von der Lotterei bei der Bauausführung innerhalb der letzten zehn Jahre. Der Mangel an genügen-dem und gutem Gerüstmaterial, die Oberflächlichkeit bei dem Gerüstbau, die Vernachlässigung in der Abdeckung der Bal-keulagen, das chronische Vermisfen von Tragen und Schutz-dachbrüstungen bei den Bauten, findet dann seinen berechneten Ausdruck. Der Tiefbau zeigt in seiner besondern Art, diese so verwandten Mißstände.

Im Jahre 1889 sind bei den 13 Baugewerks-Berufs-gesellschaften bei „Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umfallen von Gegenständen etc.“ 1248 entschädigungsberech-tigte Unfälle zu verzeichnen; 1898: 2630, ergibt gegen das Jahr 1889 eine Zunahme von 1382 Unfällen. Während in demselben Zeitraum die der Verletzten der 13 Baugewerks-Berufsgesellschaften von 1084160 im Jahre 1889, auf 1298369 im Jahre 1898, also um 19,75 Prozent, gestiegen sind, hatte diese Kategorie der Unfälle eine Steigerung von 110,73 Prozent erfahren. Innerhalb dieser 10 Jahre ins-gesamt 18554 dieser Unfälle. Unter „Fall von Leitern in Vertiefungen etc. und Läden etc.“ sind 1889 bei den 13 Bau-gewerks-Berufsgesellschaften insgesamt 1829 entschädigungsberechtigten Unfälle angegeben; 1898 dagegen 3068, die Zunahme beträgt 1239, ist gleich 67,74 Prozent. — Insge-samt sind in diesem Zeitraum 24117 dieser entschädigungsberechtigten zu verzeichnen. Für diese beiden Kategorien von Unfällen ergeben sich also innerhalb 10 Jahren, vom Beginn des Jahres 1889, bis Schluß 1898, 42671 dieser Un-fälle. — Hierin verzeichnet sich das ganze Glend der Unfallgefahr bei den Rohbauten.

Die Bedeutung dieser Zahlen erkennt man erst dann, wenn man diese vergleichlich zu den gesamten entschädigten Unfällen desselben Zeitraumes gegenüberstellt. Die 13 Bau-gewerks-Berufsgesellschaften hatten in den 10 Jahren 76680 entschädigungsberechtigten Unfälle überhaupt, hiernach waren 42671, ist 55,64 Prozent, also die weit größere Zahl gehörte zu den Kategorien von Unfällen, die wieder in ihrer überwiegenden Mehrzahl den Rohbau betreffen.

Interessant ist es, wenn man die einzelnen Berufs-gesellschaften in ihrer Beteiligung zu diesen Unfällen Revue passiren läßt. So beträgt der Durchschnitt auf pro Tausend Versicherte der 13 Baugewerks-Berufsgesellschaften bei „Zusammenbruch, Einsturz etc.“ 1898 1,15. Dagegen über-schreitet die Württembergische Bau-Verufsge., mit 1,77 und die Rheinisch-Westfälische Bau-Verufsge., mit 1,72 diese Durchschnittsziffer nicht unbedeutend. Im Jahre 1898 hat die Bayerische Bau-Verufsge., mit 4,15 und die Württembergische Bau-Verufsge., mit 2,69, gegenüber dem Durchschnitt von 2,02 sämtlicher Bau-Verufsge., den Vortritt.

Bei der Kategorie „Fall von Leitern, in Vertiefungen etc.“ ist die Durchschnittsziffer der 13 Bau-Verufsge., auf pro Tausend Versicherte 1889 1,68. Dagegen die Bayerische Bau-Verufsge., hat 2,54 und die Nordbaltische Bau-Verufsge., 2,29. — 1898 beträgt die Durchschnittsziffer bei der fortgesetzten Steigerung innerhalb dieser 10 Jahre 2,36. Hier theilen sich die Bayerische Bau-Verufsge., mit 3,35 und die Nordbaltische Bau-Verufsge., mit 3,58, die Palme des Ruhmes, diesen Durchschnitt ganz enorm zu übersteigen. Herr Helberberg und Herr Felsch, die so feindseligen Brüder, — haben hier in der Vernachlässigung des Arbeiterschutzes einen gemeinsamen Boden des Handelns gefunden. Wenn bei Herrn Helberberg in Bayern die Bauten und Gerüste zusammenstürzen, die Arbeiter von den schlecht abgedeckten Gerüsten und Balkenlagen in die Tiefe fallen, dann ist das sonst dem bayerischen Speichbürger so gut bekommenliche Bier, wenn es der Arbeiter auch trinkt — daran schuld. — Bei Herrn Felsch und in seiner rühmlichst bekannten „Nordbaltischen“ soll hier für die zusammenbrechenden Bauten und Gerüste „die Berliner Weise und der Getreideim-mel“ diese Wirkungen ausüben. Bei der Verheimlichung und Verschleierung der Korruption des Arbeiterschutzes im Baugewerbe handhaben die Wortführer der Unternehmer ihre Argumente wie der Jongleur auf einer Varietébühne seine Kugeln, der bei der Routine seiner Kunstgriffe sich die-selben über den Kopf und die Nase laufen lassen kann. — Am 8. März d. J. wurde von Seiten des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister in einer Petition an den Bundesrath „der Ueberhastung bei der Bauausführung“ einer großen Theil der Ursachen zu den Unfällen im Bau-gewerbe beigegeben. Im Uebrigen waren für die Zünftler auch die Regierungen an der großen Zahl der Unfälle schuld, weil diese ihnen den Befähigungsnachweis vorenthielten. — Wenn das auch sonst Niemand glaubt, daß der bestehende Lebensgenuß des Arbeiters schuld an den Unfällen sei, so ist es für die Staatsmänner Deutschlands doch ein Argument, welches für diese gut genug war, um zu verhindern, hier ein-zuzugreifen. Ganz besonders die preussische Regierung, die kein tieferes Interesse für den Bauarbeiterschutz hat.

Für die Felsch „Nordbaltische“ zeigt sich unter „Fall von Leitern, in Vertiefungen etc.“ von 1889 bis Ende 1898 eine ganz enorme Steigerung. 1889 waren bei dieser Berufs-gesellschaft 320, aber 1898 614 entschädigte Unfälle; dieses ist eine Zunahme gegen das Jahr 1889 von 91,87 Pro-zent. Die „Nordbaltische“ übertrifft hier sogar die berüch-tigte Bayerische Bau-Verufsge., die in demselben Zeit-raum nur eine Zunahme von 74,89 Prozent zu verzeichnen hat. Nicht unerwähnt zu allem darf bleiben, daß die Un-ternehmer der bekannten Magdeburgerischen Bau-Verufsge., die innerhalb der hier angeführten 10 Jahre sich von einzelnen Personen ihres Vorstandes um 105 000 Mk. bestehen ließen, dabei aber in demselben Zeitraum nur 163,20 Mk. für die Kontrolle bezw. Durchführung ihrer Unfallversicherungsvor-schriften auszugeben für notwendig hielten, daß diese unter derselben Kategorie von Unfällen 1898, 230 auf pro Tausend Versicherte, einen nicht unerheblichen Beitrag zu diesen Unfallzahlen leistete. Diefelben Unternehmer aber, die auf der einen Seite so wenig für den Arbeiterschutz übrig haben, zeichnen, wenn es darauf ankommt, den berechtigten Bestrebungen der Arbeiter entgegenzutreten, wie die Abrech-nung des Agitationsfonds für den „Arbeitgeberbund“ be-weist, 1000 Mk. —

Soziales und Gewerkschaftliches.

Aus Berlin. Es ist erreicht! In kürzerer Zeit, als wir erwarteten, hat die soq. „Gewerkschaft“ den Gipfel der Geschwulstlosigkeit und des Wohlwollens erreicht. Es will das was heißen, wo heutzutage es Jedem frei steht, sich so gut zu blamiren wie er nur kann. Es ist zum Lachen und herzlich haben wir gelacht über diese „heiligen Dummheiten“, die in der letzten „Blüthe“ zum Ausstrag kamen! Nein, diese Leute

tann kein Mensch ernst nehmen, hier kann man nur noch mit dem Nazarener sprechen: Herr verzehet den Armen, die wissen nicht mehr, was sie thun! Der „Verantwortliche“ besonders scheint sich sehr gut für den Hirtus Nusch zu eignen — als Hauswart —; ob diese Eigenschaften noch aus seiner früheren Tätigkeit von da bestammten, ist uns unbekannt. Nebenfalls würde er aber in diesem „Metier“ seinen richtigen Beruf gefunden haben. Hiermit erübrigt sich für uns jede weitere Auseinandersetzung.

Schweizerischer Baunister-Verband.
Aus der Schweiz wird gemeldet, daß am 25. September im Schweizer Handelsamtstakt folgende Eintragung im Handelsregister enthalten ist: „18. September. Unter dem Namen Schweizerischer Baunister-Verband gründete sich in Olten, jezt mit Vorort Luzern, ein Verein zum Zwecke der Wahrung gemeinschaftlicher Berufsinteressen, Stellungnahme gegen Arbeiterkreisläufe und Behandlung anderer wichtiger Tagesfragen. Die Statuten sind am 30. April 1900 endgültig festgestellt worden. Der Verein ist auf unbestimmte Zeit geschlossen.“ Mit Recht schreibt die Arbeiterstimme: Das, was wir schon lange voraussetzen und voraussehen war, ist jetzt eingetroffen. Auch die schweizerischen Bauunternehmer haben, um mit unsern eidgenössischen Fabrikinspektoren zu sprechen, „das Beispiel des Unzustandes nachgeahmt“. Wer von den Bauarbeitern, sowie von den Arbeitern aller Branchen überhaupt, sich einen Begriff machen kann, welchen Einfluß ein solcher Unternehmerverein auf die Lage der Arbeiterklasse haben wird, die leider zum größten Teil noch nicht organisiert ist, der ist ein Verräter an der Arbeiterklasse, Verräter an seiner Familie, wenn er sich nicht seiner Gewerkschaft anschließt. „Diese Bildung eines gegen die Arbeiter gerichteten Meister-Ringes sollte die Arbeiterklasse aller Berufsstände mächtig aufschrecken. Auf in die Gewerkschaft!“

Der Tabakarbeiter-Verband lehnte auf seiner Generalversammlung die Arbeitslosenunterstützung mit 47 gegen 17 Stimmen ab. Eine Abstimmung über diesen Punkt vorzunehmen wurde abgelehnt. Der Antrag, die Beiträge um 5 Pfg. zu erhöhen pro Woche, wurde ebenfalls abgelehnt; die Streikunterstützung soll in der bisherigen Form beibehalten werden. Mit der Haltung des „Tabakarbeiter“ erklärte sich die Generalversammlung einstimmig einverstanden. Die nächste Generalversammlung findet in 2 Jahren statt, der Sitz des Vorstandes bleibt in Bremen. Infolge der wachsenden Arbeit wurde beschlossen, einen dritten festbesoldeten Beamten anzustellen.

Internationale Kongresse fanden in Paris statt: Von den Schuhmachern, Transportarbeitern und Metallarbeitern.

Unsere französischen Kollegen hielten vom 1. bis 3. Oktober ihren ersten Kongress ab, der vornehmlich zur Gründung einer Zentralorganisation führen soll. Auf den Verlauf derselben werden wir, nachdem uns Bericht zugegangen, des Näheren eingehen. Der Einladung, daß unsere Organisation eine Vertretung entsenden möge, konnte der Vorstand in Anbetracht unserer bevorstehenden Generalversammlung nicht entgegenkommen, zudem unsere französischen Kollegen erst auf nationalem Gebiete eine Einigung der vielen Subitate anstreben. Unser Antwortschreiben wurde dem Kongress vorgelegt und folgender einstimmig gefaßter Beschluß uns zugefertigt: „Der am 1. bis 3. Oktober 1900 in Paris tagende Kongress spricht seinen Dank gegenüber den deutschen Kollegen aus für die Sympathie, die diese für die heutige Organisation hegen und hofft, daß nach dem Zustandekommen des nationalen Verbandes Schritte von allen Ländern gehen werden, um vielleicht nächstes Jahr einen internationalen Kongress einzuberufen, welcher die Gründung eines internationalen Verbandes zur Tagesordnung hat. Im festen Vertrauen auf den Sieg unserer Sache, welche die des gesamten Proletariats ist, reicht den deutschen Kollegen brüderlich die Hand und entsendet ihnen internationale Grüße.“

Der erste Kongress der Maler Frankreichs, tagend in Paris, 1. Oktober 1900.
Unsere österreichischen Berufskollegen, welche ebenfalls ihre Hauptversammlung in Wien abhielten, haben, wie wir dem „Decorateur“ entnehmen, einen gewaltigen Schritt nach vorwärts gemacht. Durch die gefaßten Beschlüsse wurden alle Vorbereitungen zu einer künftigen Organisation gegeben und mit inniger Freude werden wir an dem geistlichen Weiterhelfen unserer Bruderorganisation den regsten Anteil nehmen. Aus derselben Nummer des „Decorateur“ entnehmen wir, daß sich in Wien, ähnlich wie in Berlin Neuregaten gefunden haben, die einen selbstständigen Malerverein gründen wollen. Leider muß man konstatieren, daß nur durch Dummheit Anderer solche Strolche ihr Spiel treiben können. Hier energisch vorgehen, ist das einzig Richtige, darum Augen auf!

Die nordöstliche Baugewerkschaft-Verfassungsgenossenschaft, die den Verwaltungsbezirk Berlin, die Stadtkreise Charlottenburg, Köpenick, Neukölln, sowie die Teltower Kreisbezirke Tempelhof, Steglitz, Groß Lichterfelde, Wilmersdorf und Friedenau umfaßt, hat, nach einer febrilen „Arbeitsmarkt“, auf Ersuchen des statistischen Amtes der Stadt Berlin Angaben über die Höhe der Löhne im Baugewerbe für das Jahr 1898 gemacht. Danach notierte das Malergewerbe bei 11.200 Beschäftigtenfällen in 1100 Fällen 3,75—4, in 1700 4—4,25, in 2400 4,25—4,50, in 1900 4,50—4,75, in 1000 von 4,75—5,25, in 1500 5,50—10 Mk. Tagelohn. Die Anstreicher erhielten in 25 v. H. 3,75—4, in 6—7 p. H. noch darüber bis zu 8 Mk. Unter 3 Mk. standen sich Maler nur in 145 von 8850, Anstreicher nur in 250 von 1662 Fällen. 12 Maler sind mit mehr als 10 Mk. täglich bei einer Arbeitsperiode bis zu 2 1/2 Monate und ebenso 2 Anstreicher bis zu 7 Wochen lang bezahlt worden. Hieraus ist zu ersehen, daß unsere Kollegen in Berlin und Umgebung noch mit 50 p. H. unter 9 T haler Lohn arbeiten. Die Wenigen, welche einen Lohn von 11 Thalern und darüber haben, sind in der Mehrzahl Spezialarbeiter, oder arbeiten in Akkord. Was es aber in Berlin bedeutet, in Akkord einen Lohn von 6, 8 oder gar 10 Mk. pro Tag zu erzielen, darüber brauchen wir kein weiteres Wort zu verlieren? Wir haben verschiedene tiefer Mühen gelert und so manchen, der ausgepowert bis auf die Knochen, allzufühn zusammenschien als ein Opfer der Mißstände, gegen welche die Organisation schon Jahre lang ankämpft. Die amtliche Streikstatistik über das zweite Quartal d. J. ergibt für das ganze Reich 497 beendete Streiks in 2390 Betrieben mit 95.379 beschäftigten Arbeitern, wovon 86 im ersten Quartale begonnen wurden. Die Zahl der begonnenen Streiks im zweiten Quartale betrug 492. 578 Betriebe kamen zeitweilig völlig zum Stillstande. Die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden Arbeiter betrug 25.975, gezwungen feierten 3970 Arbeiter. Von den Streiks hatten 90 vollen, 214 theilweisen Erfolg, während 193 erfolglos verliefen. Ausperrungen wurden 11 beendet. Die Höchstzahl der gleichzeitig Ausgesperrten betrug 2334.

Einzeln Angaben über die Zahl der in Streit getretenen aus unserm Verzehe können wir im Vergleich mit den uns zur Verfügung stehenden und persönlich aufgenommenen Zahlenmaterial nicht in Einklang bringen. So z. B. beim Streit in Erfurt und Lübeck. Der amtlichen Statistik nach sollen in Lübeck nur 52,6 p. H. der beschäftigten Maler und Anstreicher am Streit theilhaftig gewesen sein, während es in der That mindestens 98 p. H. waren, die streikten. Auch in Erfurt war ein gleich günstiges Resultat unsererseits zu verzeichnen. Schon vor jedem Streit wird durch die örtliche Verwaltung nach jeder Hinsicht hin ganz zuverlässiges Material zusammengetragen, was bei kleineren Städten um so leichter durchzuführen ist, da in den meisten Fällen unsere Kollegen die am Orte Arbeitenden kennen.

Wahl-Resultat.

- Süd-Bayern:** 1. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 65. Gewählt Fischer-München mit 54 Stimmen. 2. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 34; Meyer-München mit 33 Stimmen gewählt.
- Nord-Bayern:** 1. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 44; Kackel-München mit 23 Stimmen gewählt. 2. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 64; Kehl-Würzburg mit 15 Stimmen gewählt.
- Bremen, Oldenburg und Ostfriesland:** 1. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 71; Schröder-Bremen mit 41. Fiedler-Bremen mit 51 Stimmen gewählt. 2. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 106; Wekel-Bremerhaven mit 69 Stimmen gewählt.
- Baden, Elsaß, Lothringen, Rheinpfaß und Württemberg:** 1. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 130; Ellinger-Ludwigshafen erhielt 68 Stimmen, Strauß-Mannheim erhielt 60 Stimmen, Ellinger gewählt. 2. Wahlkreis: Abgegebene Stimme 82; Ludwig-Stuttgart mit 70 Stimmen gewählt. 3. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 139, Göhring-Ulm 62, Walther-Heidelberg 69, zerplittert 8. Stichwahl zwischen Göhring und Walther. 4. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 118; Bilger-Karlsruhe mit 61 Stimmen gewählt. 5. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 71; Kolb-Karlsruhe mit 41 Stimmen gewählt.
- Berlin und Brandenburg:** 1. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 69; Bartel-Berlin mit 72, Warnke-Berlin mit 63, Vint-Berlin mit 56 Stimmen gewählt. 2. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 94; Wieß-Niedorf mit 52 Stimmen gewählt. 3. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 100; Rander-Lütbus erhielt 50, Spielvogel-Eberswalde 47 Stimmen. Stichwahl zwischen Rander und Spielvogel. 4. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 110, Schulz-Kovawes erhielt 37, Peters-Potsdam 32 Stimmen, 41 zerplittert. Stichwahl zwischen Schulz und Peters.
- Braunschweig:** 1. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 34; Achternmeier-Braunschweig mit 21 Stimmen gewählt.
- Hannover:** 1. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 36; Möller-Hannover 16, Hinke-Hannover 12. Stichwahl zwischen Hinke und Möller. 2. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 66; Kelp-Hilbesheim mit 36 Stimmen gewählt.
- Hamburg, Lübeck, Schleswig-Vollstein und Mecklenburg:** Abgegebene Stimmen 115; Großleben-Hamburg mit 86, de Haas mit 76, Bartels mit 68, Grundte, Raktiver, mit 82 Stimmen gewählt. 2. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 45; Warnke-Altona 16, Hurmeister-Altona 11 Stimmen, 18 zerplittert. Stichwahl zwischen Hurmeister und Warnke. 3. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 108; Fölsch-Lübeck mit 78 Stimmen gewählt. 4. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 65; Levens-Mensburg mit 39 Stimmen gewählt. 5. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 108; Martert-Lüneburg mit 57 gewählt.
- Hessen-Nassau und Großherzogthum Hessen:** 1. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 129; Zimmermann-Frankfurt 114, Berger mit 99, Gerhold mit 98, Gerich mit 70 Stimmen gewählt. 2. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 59; Reichert-Finten mit 45; Heischenbörder-Brebenheim mit 42 Stimmen gewählt. 3. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 41; König-Darmstadt mit 33, Köppe-Darmstadt mit 30 Stimmen gewählt. 4. Wahlkreis: Abgegebene Stimme 27; Horz-Wiesbaden mit 19, Schuch-Wiesbaden mit 17 Stimmen gewählt. 5. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 14; Menges-Dogheim mit 10 Stimmen gewählt. 6. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 28; Weigenmüller mit 28 Stimmen gewählt. 7. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 21; Stock-Bießen mit 18 Stimmen gewählt. 8. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 50; Feudner-Kreuznach 17, Lehr-Weidenstadt 17 Stimmen, 16 zerplittert. Stichwahl zwischen Lehr und Feudner. 9. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 19; Diesebach-Sonnenberg bei Wiesbaden mit 19 Stimmen gewählt. 10. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 43; Laur-Offenbach mit 27 Stimmen gewählt. 11. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 81; Schaub-Wibel mit 78 Stimmen gewählt. 12. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 29; Lindner-Danau 18, Hint-Langensfeld 11, Stadt-Füßheim 11 Stimmen erhalten. Eine nochmalige Wahl unter diesen drei Kandidaten hat stattzufinden und entscheidet dann die einfache Majorität.
- Pommern:** 1. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 95, Jagusch-Kolberg 35, Kirgau-Stettin, 33 Stimmen, zerplittert 27 Stichwahl zwischen Jagusch und Kirgau.
- Ost- und Westpreußen:** 1. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 154. Voelker-Danzig 55, Klobbücher-Inowrazlaw 65. Stichwahl zwischen Voelker und Klobbücher.
- Königreich Sachsen:** 1. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 85. Kaufmann-Leipzig mit 63 Stimmen gewählt. Bonin-Leipzig 30, Gruner-Leipzig 27 Stimmen. Zwischen Bonin und Gruner Stichwahl. 2. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 60. Krüger-Dresden mit 55 Stimmen gewählt. 3. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 132. Uhlig-Chemnitz mit 91 Stimmen gewählt. 4. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 142. Domschke-Blauen 62, Köhler-Oreiß 53. Stichwahl zwischen Domschke und Köhler. 5. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 85; Krüger-Dresden mit 74 Stimmen gewählt.
- Thüringen:** 1. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 61; Füllgrabe mit 44 Stimmen gewählt. 2. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 103; Schmidt-Erfurt mit 61 Stimmen gewählt. 3. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 70; Knauer-Sonneberg 28, Fabricius-Wölfla 16, zerplittert 23. Stichwahl zwischen Knauer und Fabricius.
- Provinz Sachsen:** 1. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 89; Untage-Hall 34, Schippel-Nachleben 28, zerplittert 80. Stichwahl zwischen Untage und Schippel.

2. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 84; Borchert-Magdeburg mit 80 Stimmen gewählt. 3. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 80; Köstlich-Heil 23, May-Bernburg 23, zerplittert 36. Stichwahl zwischen Köstlich und May.

Rheinland und Westfalen: 1. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 88; Quanz-Cöln mit 49 Stimmen gewählt. 2. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 56; Buchelt-Dortmund 23, Gottschalk-Solingen 11, zerplittert 22. Stichwahl zwischen Buchelt und Gottschalk. 3. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 91; Mündel-Vielefeld 58, zerplittert 36. Mandel gewählt. 4. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 111; Bühler-Gien 58, Devi-Gelsenkirchen 23, zerplittert 35. Stichwahl zwischen Bühler und Devi. 5. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 76; Marchand-Eberfeld 22, Duck-Harmen 16, zerplittert 44. Stichwahl zwischen Duck und Marchand. 6. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 103; Eiberod-Oreiff mit 59 Stimmen gewählt.

Schlesien: 1. Wahlkreis: Abgegebene Stimmen 100; Albrecht-Breslau mit 75 Stimmen gewählt.

Folgende Filialen haben keine Wahlprotokolle eingeholt: Rosenheim, Reichenthal, Augsburg, Bamberg, Jülich, Hof, Dastedt, Colmar, Wittenberge, Reine, Cajel, Göttingen, Wismar, Wungstadt, Warburg, Homburg, Krausenkeim, Rumbach, Diebrich, Kromberg, Würzen, Wittweida, Friedrichroda, Gotha, Mühlhausen, Gera, Kuhlstadt, Dessau, Luedinsburg, Sangerhausen, Herford, Minden, Aachen, Remscheid, und Siegnitz.

Das Resultat der Stichwahlen hat bis Sonntag, den 28. Oktober, in Händen des Vorstandes zu sein und ersuchen wir daher um schleunigste Vornahme der Wahl auf Grund des bereits veröffentlichten Wahlreglements. Der Vorstand.

Vereinsheil.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Alle diejenigen Kollegen, welche, vom Militär kommend, ihre alten Rechte wieder geltend machen wollen, müssen innerhalb vier Wochen die alten Mitgliedsbücher einreichen. Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Duplikate wurden ausgestellt für folgende Mitglieder: Buchn. 10307, M. Höttlinger; Buchn. 10308, Jos. Schmoller; Buchn. 10309, Louis Franke; Buchnummer 1025, Ernst Rathje.

Mit kollegialischem Gruß Der Vorstand.

Aktuelle.

Vom 1. bis 8. Oktober gingen bei der Hauptkasse ein: Bielefeld 150.18; Oldenburg 126.04; Worms 139.07; Berlin I 765.72; Bamberg 9.68; Jülich 92.10; Regensburg 200.30; Wilhelmshaven 95.60; Kavel 32.51; Buchn. 31973 5.—; Traunstein 114.50; Warmen 182.34; Hannover II 81.20; Nürnberg I 267.17; Buchn. 4091 2.60; Sonneberg 74.91; Wölfla 65.85; Eberswalde 85.—; Wergedorf 117.87; Spandau 179.04; Kovawes 126.—; Rostock 144.02; Charlottenburg 338.75; Magdeburg 476.24; Chemnitz 300.63; Zimenau 43.99; Wibel 200.51; Eberstadt 328.—; Woraheim 108.25; Wismars 35.34; Meidt 40.72; Nordhausen 146.92; Dogheim 409.31; Altona 447.97; Gmünd 114.91; Erfurt 252.48; Berlin II 451.47; Altenburg 239.50; Crimmitschau 88.27; Wungstadt 55.50; Augsburg 36.—; Curg-haven 39.18; Freiberg I. S. 30.78; Wiesbaden 84.15; Seft 43.50; Ravensburg 41.69; Durlach 38.49; Herne 37.35; Minden 25.43; Arnstadt 24.08; Stade 14.65; Gbreit 247.44; Cöln 689.58; Kiel 589.26; Niddorf 405.46; Hirschburg 224.79; Cottbus 160.25; Straßburg 188.01; Scherwin 123.69; Reiz 122.45; Linden 150.19; Schierstein 109.30; Naumburg 114.11; Langensfeld 103.61; Offenbach 90.77; Elm 77.10; Würzen 66.41; Kirchberg 69.75; Meia 52.30; Eilenburg 72.69; Bwidau 27.87; Coburg 87.44; Wittweida 46.50; Apolda 36.42; Neugersdorf 78.10; Wierstadt 196.97; Hanau 72.08; Duisburg 24.48; Danzig 225.90; Silbesheim 147.97; Schwege 184.09; Dessau 39.44; Mühlhausen I. S. 52.75; Cannstadt 93.81; Vindau 60.80; Lichterfelde 224.76; Werdau 60.49; Schwab. Hall 20.49; Liegnitz 58.95; Kamenz 30.80; Türen 53.80; Kaiserlautern 93.27; Königszberg 147.16; Neumünster 124.19; Heidelberg 217.30; Mainz 1412.40; Deuz 98.72; Gelsenkirchen 87.01; Detmold 64.83; Langen 114.65; Bochum 137.63; Sonnenberg 131.69; Ludwigshafen 304.86; Solingen 110.92; Hannover 602.26; Hamburg I 44.25; Herlohn 7.10; Neu-Ruppin 7.30; Schwabach 13.80; Gneien 30.15; München Gladbach 40.—; Gießen 79.78; Weifen 64.88; Frankenthal 91.54; Karlsruhe 91.20; Mühlhausen I. Th. 116.84; Bernburg 141.84; Hamburg II 179.53; Nürnberg I 211.48; Stettin 506.30; Halle 400.—; Lübel 564.37; Braunschweig I 110.39; Eberfeld 301.25; Essen 309.09; Düsseldorf 139.09; München II 82.64; München I 952.54; Wlauen 100.—; Eisenach 108.26; Weerane 117.50; Straßburg 29.47; Oreiß 53.26; Aachen 6.39; Mannheim 391.58; Wandsbel 94.90; Eisenach —50; Stuttgart 472.79; Duedlinsburg 18.88; Mügel 22.34; Großenhain 13.02; Jena 184.92; Brandenburg a. S. 151.47; Duisburg 8.—; Nomates 2.—; Würzburg 83.03; Lüneburg 94.07; Freiburg 93.17; Harburg 94.06; Göttingen 95.20; Dastedt 53.45; Göttingen 34.20; Delmenhorst 55.37; Remscheid 67.27; Wöbeln 31.18; Reulenroda 20.75; Dnabrück 71.44; Berlin I 13.16; Halberstadt 118.98; Waun 91.96.

Für ausbezahlte Krankenunterstützung im Monat September gingen Krankenscheine ein: Aachen 12.—, Berlin I 28.99, Berlin II 12.—, Bernburg 5.83, Bochum 12.—, Brandenburg 5.—, Braunschweig I 3.—, Bremen 41.87, Breslau 35.83, Charlottenburg 60.—, Cöln 27.—, Crimmitschau 3.—, Darmstadt 153.—, Deuz 12.—, Dortmund 30.50, Dogheim 20.—, Dresden 14.66, Eberstadt 20.—, Eichwege 10.50, Frankfurt a. M. 145.33, Gelsenkirchen 40.—, Gotha 9.32, Halle 24.—, Hamburg I 24.—, Hamburg II 24.—, Hannover I 46.49, Harburg 16.99, Dastedt 4.67, Jena 9.—, Karlsruhe 40.—, Leipzig 50.67, Lübeck 12.—, Lüneburg 11.—, Ludwigshafen 31.64, Magdeburg 29.83, Mainz 136.91, Mannheim 12.—, Weerane 5.50, München I 71.33, München II 20.30, Nordhausen 12.—, Nürnberg I 44.90, Offenbach 5.—, Forzheim 12.—, Sangerhausen 15.—, Schierstein 8.17, Straßburg 10.—, Stuttgart 12.45, Wandsbel 23.—, Wiesbaden 8.—, Würzburg 7.33, Eberfeld 15.—.

H. Wenter, Kassirer.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse
der Maler und verw. Berufsgeoffen Deutschlands.
(Eingetragene Gesellschaft Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassiers vom 1. bis 6. Oktober 1900.
Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekandt von Krüger-Ziehenau 150 M., Berchet-Mainz 100.-; Dicker-Mittenburg 60.-; Bauer-Schwab. Hall 19.14; Steinmeyer-Braunschweig 300.-; Heib-Mannheim 200.-; Börner-Kentstadt 80.-.
Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgekauft an Mehner-Mühlhausen i. G. 20.-; Schiller-Charlottenburg 100.-.
Krankengeld erhielten Buchn. 6200, A. Bömminger in Bad Soden 34.20; Buchn. 9613, S. Rauheimer in Domburg v. d. Höhe 7.60.

J. G. Wulle, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

Abrechnung über die Kosten des Provinzialtages in
Birnburg am 23. September 1900.

Nach prozentualer Berechnung der Fahrsdurchschnittszahl pro Mitglied der beteiligten Filialen und Zahlstellen des Agitationsbezirks.

Vertreten waren 10 Filialen, 5 Zahlstellen und 453 Mitglieder. Filiale Sangerhausen war nicht vertreten, jedoch ist dieselbe laut Statut verpflichtet, zu den Kosten mit beizutragen.

Fahrtgeld für 15 Delegierte	M 52.30
Diäten für 16 Delegierte	" 80.-
Für Porto	" 1.70
Summa	M 134.-

Diejenigen Filialen, die Gelder abzuführen haben, mögen dieses an untenstehende Adresse senden, aber möglichst bald, damit die Filialen, die von den Geldern zu erhalten haben, dieses zugesandt bekommen.

Es haben zu bezahlen pro Mitglied 29 1/2 Pfg.

Bernburg	25 Mitgl.	M 7.41
Dessau	13 "	3.85
Halberstadt	15 "	4.46
Halle a. S.	145 "	42.80
Magdeburg	101 "	29.83
Quedlinburg	17 "	5.06
Stahfurt	12 "	3.58
Nordhausen	31 "	9.18
Naumburg	29 "	8.59
Sangerhausen	6 "	1.80
Zeitz	59 "	17.44
Summa 453 Mitgl.	M 134.-	

Stark Montage, Halle a. S., Fleischerstr. 14.

Abrechnung über den Provinzialtag in Gärth.

Für Fahrgelder	Mt. 23.50
Diäten an 9 Delegierte à 5 Mt.	45.00
" " 1 Delegierten, d. Nachm. nicht anwes.	2.50
Summa Mt. 71.00	

Die Kosten prozentual vertheilt auf 467 Mitglieder

Hamburg,	13 Mitglieder	Mt. 1.98
Erlangen,	15 "	2.29
Gärth,	34 "	5.18
Hof,	30 "	4.57
Mürnberg I	178 "	27.14
Mürnberg II	81 "	12.35
Regensburg	72 "	10.98
Schwabach	7 "	1.07
Sitzburg	30 "	4.57
Zitendorf	7 "	1.07
Summa 467 Mitglieder à 15 1/4 Pfg.	Mt. 71.20	

Um unnötige Kosten zu vermeiden, ersuchen wir die Filialen bzw. Zahlstellen, den auf sie treffenden Theil den Delegierten auszusenden. Diejenigen Delegierten, die weitere Gelder erhalten, bekommen dieselben demnächst

zugestellt. Folgende Filialen haben an die Agitationskommission (H. Nachl) umgehend einzusenden:

Hamburg	M 1.98
Mürnberg	" 6.75
Regensburg	" 0.18

Der Vertrauensmann
H. Nachl, Hohmannstr. 10 II, Nürnberg

Dem Andenken Wilhelm Liebknechts ist eine Broschüre gewidmet, die von Kurt Eisner herausgegeben, soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen ist. Unter Benutzung ungedruckter Briefe und Aufzeichnungen giebt der Verfasser in 8 Kapiteln: Ein Kämpferleben — Aus der Jugend — Der Freischärler — Die Flüchtlingszeit — Klein-Preußen und Großdeutsch — Landes-Hochverräther — Nahrung Sozialistengesetz — Das letzte Jahrzehnt — in lebendiger Darstellung nicht bloß ein prächtiges, in dieser Umfangung ganz neues Lebensbild unseres verstorbenen großen Sozialkämpfers, sondern auch eine glänzende Charakteristik der historischen Person und seiner politischen und literarischen Bedeutung. Die Schrift enthält außer einer Vorwort-Beilage auf Kunstdruckpapier noch 5 Porträts und Abbildungen im Text. Der Verlag hat, um jedem Genossen die Anschaffung zu ermöglichen, eine billige Agitations-Ausgabe zum Preise von 30 Pf. herstellen lassen, während der Preis im Buchhandel Mt. 1 beträgt.

Im Verlag von J. S. W. Dieb Nachf. ist soeben erschienen Heft 7 und 8 des Lieferungsverwerkes: Gesundheitschutz in Staat, Gemeinde und Familie, herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten von Emanuel Wurm. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Luftbrand und Luftfeuchtigkeit. — Das Licht. — Die Wärme. — Das Wetter. — Klima und klimatische Kurorte. — Der Blutumlauf. — Die Athmung. Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten à 20 Pfg. erscheinen und in 25 Heften komplett vorliegen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolportage entgegen. Alle vierzehn Tage erscheint ein Heft.

Anzeigen.

Filiale Frankfurt a. M.
Mittwoch, 17. Oktober, Abends 7/9 Uhr,
General-Versammlung
im „Erlanger Hof“, Borsgasse 11, 1. Stock.
Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Kassen- und Geschäftsbericht vom 3. Quartal. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
M 1.50] Der Vorstand.

Filiale Stettin.
Donnerstag, 18. Oktober, Abends 8 Uhr,
General-Versammlung
im Lokal des Herrn Stellmacher, Bismarckstr. 10.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Wahl des Vorsitzenden. 3. Lokalfrage. 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.
M 1.65] Der Vorstand.

Malerschule für Holz- u. Marmor-Imitation
(Studmarmor und Studolustre)
von A. Pritschau, Hammelburg (Bayern).
Gründliche, in der Praxis bewährte Ausbildung.
Beginn des Kurzes v. 1. Novbr. 1900 bis 15. Febr. 1901.
Prospekt gratis.

Vorzügl. praktische Schule zur Ausbildung von tüchtigen Dekorationsmalern.
Prospekt gratis und franko von
Peter Eilers, München, Arnulfstr. 42 IV I.

Wichtig für Maler!
Allergroßte Auswahl v. fertigen Schablonen u. Zeichnungen.
Nur auf der Höhe der Zeit stehende Werke für Maler.
Moderne Stilrichtung.
Preis 6 M Schablonen zur Decken- u. Wandmalerei für den praktischen Gebrauch, Größe 25x33. In Naturalfarbe, Renaissance u. englischen Charakter. 12 Tafeln.
Moderne farbige Skizzen
zur Deckenmalerei.
Preis 12 M Größe 47x34. In 10 Tafeln Farbendruck. Ganz besonders leicht und einfach gehalten. Herausgegeben von Carl Lange.
Diesen Werken sind Preisverzeichnisse für Schablonen und Bausen in natürlicher Größe beigegeben.

Berliner Maler-Schule
für fachgemäße Ausbildung in Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen, Figuren etc. etc.
Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte Praktik und einfachste Technik gelegt.
Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März, per Semester 150 M.
Meiner Maler-Schule sind mehrere Erste Preise, Silberne Ehrenmedaillen und viele Anerkennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien zuerkannt worden.
Prospekt der Malerschule gratis und franko.
Carl Lange,
Dekorationsmaler, Kister für alle Skizzen und Entwürfe, Berlin SW., Gitschinerstr. 94 a.

MALERSCHULE zu HAMBURG
v. WILH. SCHÜTZE. PROSP. GRATIS
nur ERSTE PREISE u. MEDAILLEN

Hamburger Holz- und Marmor-Schule
Fr. Weiershausen, Hamburg, Lindenstr. 15.
Anerkannt als hervorragendste Schule Deutschlands. Beginn 15. Oktober. Erfolg garantiert. Prospekt gratis.
Es erschien im Selbstverlage: 1. Serie:
Neue Holzmalereien (zum Selbstunterricht) Preis Mk. 20
Direkt zu beziehen, sowie durch alle Buchhandlungen. Vertreter gesucht.

Malerschule
Dekorations-, Holz- u. Marmorlehrunterricht.
Prämiert mit dem Ehrenkreuz und der großen goldenen Fortschritts-Medaille, der silbernen Medaille und vielen ersten Preisen.
Inhaber: Carl Nordmann, Hamburg-Kleinböttch., Wohnung: Gärtnerstr. 124.
Beginn am 15. Oktober jeden Jahres. — Prospekt sofort kostenlos. — Herausgeber des Werkes „Praktische Decken- und Wandmalereien in der neuzeitlichen Stylrichtung.“ Verleger: Max Spielmeier, Berlin SW. 12, I. Teil Mk. 10. 15 Tafeln Lichtdruck. Preisverzeichnis über Schablonen, Zeichnungen anbei.

Holz- und Marmorschule
Mathieu Nabben
Düsseldorf, Nordstr. 78. Düsseldorf.
Prämiert mit höchster Auszeichnung.
Beginn des Semesters am 15. November.
Verlangen Sie Prospekt.

Schablonen für Wände u. Decken, durchwegs praktisch eingerichtet, schönste Dessins für Wände, nette Ornamente für Decken. Musterkarten in Farbendruck empfiehlt
Marfus Buchsbaum, Wien I., Rathhausstr. 15.

Fachschule Mainz-Wiesbaden
für Holz und Marmor von Joh. Vogel.
Neueste Technik nach Natur-Vorlagen.
Tag- und Abendkurse vom 15. Okt. bis 1. April 1901.
Prospekt gratis und franko.
Vorlagen und Schularbeiten liegen hier aus.
Anfragen und nähere Auskunft
Joh. Vogel, Maler,
Mainz, Rentengasse 6.

G. Job, Binselgeschäft, Nürnberg, Zettelgasse 18.
Offertire den Herren Kollegen folgende Musterfertigung:
Je 1 Sag Greizer, Berliner und Delfrichzieher, je 1 Sag Rinds- u. Fischearmalmahnsel, 1 Dachvertreiber, 1 Schläger, 1 Möbler je 3 Zoll breit, 1 Sag Stahl- und Lederlämme je 10 Zoll, 1 Blechpalette, zu dem billigen Preise von M 13.50.

P. Steet, Nürnberg, Obere Wörthstr. 18
versendet Malutenfilien, Leitern, ff. Schablonen- und Zeichenpapiere, sowie Malvorlagen u. alle mod. Werke.
Nur soweit Vorrath reicht: 20 Bl. e. Kleinsblumen, 6 schöne Landschaften, 4 Fruchtstücke, um 10 Mark.

Wirthschafts-Empfehlung.
Den Kollegen von Frankfurt a. M. und Umgegend zur Kenntniß, daß ich meine Wirthschaft seit dem 1. Oktober 1900 nach der
Neuhofstrasse 25
verlegt habe. Für ein gutes Glas Bier, Apfelwein, kalte und warme Speisen ist bestens gesorgt und ladet höflichst ein
Jean Lorey,
Neuhofstr. 25.
Eigene Schlachtereie.

Damen. Malvorlagen Blumen. Landschaften. Früchte etc.
20 Blatt M 2.50, 40 Blatt M 4.50, fortirt, verschieden groß.
Heinr. Brühl, Hamm i. W., Münsterstr. 42.

Für den Selbstunterricht in der Holzmalerei!
150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farbendruck, mit leicht faßlicher Anleitung, sind für den billigen Preis von nur M 10 zu beziehen von
Aug. Dätmeyer, Maler, München, Corneliusstr. 19 IV v.
Malern, welche die Vertretung übernehmen wollen, ist guter Nebenverdienst gesichert.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Kenntniß, daß unsere lang-jährigen Mitglieder, die Kollegen
Peter Hauser
und
J. Schobesberger
der Proletarierkrankheit unterlegen sind.
Ehre ihrem Andenken.
M 2.10] Filiale München I.

Nachruf!
Am Freitag, 5. Oktober, starb unser lang-jähriges treues Mitglied
Max Lempe
im 34. Lebensjahr.
Ehre seinem Andenken.
M 1.80] Filiale Halle a. S.

Nachruf!
Den Kollegen die Mittheilung, daß unser treuer Kollege
Karl Lodewig
aus Heseloh der Proletarierkrankheit erlegen ist.
Ehre seinem Andenken.
M 1.80] Filiale Bochum.

Der „Bereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich Freitags, für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im Abonnement kostet derselbe für Deutschland u. Oesterreich 1.20 Mt. pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 Mt., durch die Post bezogen 1.20 Mt. — Anzeigen kosten die 3 geschaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg. Vereinsanzeigen 15 Pfg. die Spalte. — Der „Bereins-Anzeiger“ ist im Preisverzeichnis der Reichspost für 1900 unter Nr. 7648 eingetragen.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 40 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.
Für die Redaktion verantwortlich: M. Marx, Hamburg.
Verlag von G. Wankler, Hamburg.
Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Gilbel, Friedenstr. 4.